Zusammenstellung, Stellungnahme von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (linke Spalte) mit Beschlusstext des Stadtrates (rechte Spalte)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan und Vorhaben- und Erschließungsplan
 „Biogasanlage und landwirtschaftlicher Betrieb Sinbronn Ost“;
 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Dinkelsbühl Teilplan**

**Behandlung der Einwendungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB
 Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1, Satz 1 BauGB und der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB wurde in der Zeit vom 16. Juni 2014 bis 18. Juli 2014 durchgeführt. Auch nachträglich eingegangene Stellungnahmen werden bei der Abwägung berücksichtigt.**

Einwendungen seitens der Träger Öffentlicher Belange wurden folgende vorgebracht:

**1. Landratsamt Ansbach
 Untere Naturschutzbehörde**

Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht bestehen Bedenken gegen das Vorhaben. Die Bilanzierung des Eingriffs und Ausgleichsflächenbedarfs sowie die Kompensationsmaßnahmen sind entsprechend der folgenden Vorgaben zu überarbeiten und für eine abschließende naturschutzfachliche Beurteilung wiedervorzulegen.

Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme wird zum Schutzgut Boden die „kompakte Bauweise“ aufgeführt. Der Antrag auf Aufweisung des „Sondergebietes Biogasanlage und landwirtschaftlicher Betrieb“ lässt jedoch darauf schließen, dass weitere Baumaßnahmen geplant sind.

Auch das Argument das „unverschmutztes Dachflächenwasser wird in einen Vorfluter eingeleitet“ zum Schutzgut Wasser kann nicht als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme geltend gemacht werden, da dies lediglich die Einleitung des Regenwasser in ein Oberflächengewässer bedingt.

Folglich können diese Argumente die Absenkung des Kompensationsfaktors nicht rechtfertigen.

Lediglich grünordnerische Maßnahmen in Form einer vorbildlichen Eingrünung das gesamten Geltungsbereichs kommen nach Durchsicht der vorliegenden Unterlagen dafür in Frage:

- Die grünordnerischen Maßnahmen sind in einem

Das Sondergebiet schließt die bestehende Biogasanlage/baulichen Anlagen ein – dadurch wird die Siedlungstätigkeit des Vorhabenträgers konzentriert und führt dadurch zur „kompakten Bauweise“.

Für das Schutzgut Boden sind Hinweise entsprechend der BBodSchV § 12 aufzunehmen, um zu gewährleisten, dass mit anfallendem Oberboden entsprechend sorgsam umgegangen wird.

Gerade bei Biogasanlage ist der fachgerechte Umfang mit verschmutztem und unverschmutztem Oberflächenwasser entscheidend. In der Satzung ist bereits festgelegt, dass „*Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist ein Entwässerungsplan zu erstellen, in dem aufgezeigt wird, wie mit verschmutzten und unverschmutzten Oberflächenwasser umgegangen wird.*“

Diese Maßnahmen in der Gesamtschau rechtfertigen eine Absenkung des Kompensationsfaktors.

Um das Sondergebiet ist in der Planzeichnung/Bebauungsplan bereits eine Fläche zur Eingrünung „Private Grünfläche“ festgesetzt, die mittels textlicher Festsetzung in der Satzung unter Punkt 6 beschrieben und durch Artenlisten ergänzt werden. Auch ist in der Satzung bereits festgelegt, dass „*Mit dem*

<p>Freiflächengestaltungsplan detailliert darzustellen und textlich zu umschreiben.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Es ist ein Kompensationsfaktor von 0,6 anzusetzen. <p>Dieser kann nach Inaugenscheinnahme des Freiflächengestaltungsplans ggf. auf 0,5 herab gesetzt werden.</p> <p>Kompensationsmaßnahmen: Grundsätzlich ist die vorgeschlagene Ausgleichsfläche gut geeignet, den Funktionsverlust durch das Vorhaben zu kompensieren. Die Extensivierung der Fläche (Fl. Nr. 412, Gem. Sinbronn) (...) wird als Ausgleichsmaßnahme befürwortet. Die Ausgleichsfläche kann mit ihrer Größe von 2.950qm angerechnet werden. Der Ausgleichsbedarf beträgt jedoch 6.165qm, sodass ein Defizit von 3.215qm verbleiben. <i>(Anmerkung: bei Anwendung Faktor 0,6)</i></p> <p>Die fehlende Ausgleichsfläche kann nicht (...) über den festgelegten Eingrünungsbereich abgegolten werden. Die Eingrünungsmaßnahmen können als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme zur Absenkung des Kompensationsfaktors herangezogen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vom Eingriffsversursacher sind daher weitere, geeignete Ausgleichsflächen und -maßnahmen zu benennen (...). 	<p><i>Genehmigungsantrag (..) ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan vorzulegen (ist).</i> Die Möglichkeit zur Zwischeneingrünung bei Erstellung der Erweiterung ist, auch im Sinne eines flächensparenden Umgangs mit Grund und Boden, aufzunehmen.</p> <p>Aufgrund den anzurechnenden Kompensationsmaßnahmen, Schutzmaßnahmen für das Schutzgut Boden, fachgerechter Umgang mit dem Schutzgut Wasser und Eingrünung wird ein Kompensationsfaktor von 0,5 angesetzt.</p> <p>Daher fehlen 2.188qm Ausgleichsfläche – diese wird auf Flurnummer 785 Gemarkung Sinbronn, Umwandlung Ackerland in extensives Grünland, erstellt.</p>
<p>Alle weiteren am Verfahren beteiligten Sachgebiete haben die übersandten Unterlagen ohne Anmerkung zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

2. Regierung von Mittelfranken, Ansbach Schreiben vom 17.06.2014

Einschlägige Ziele (Z) und Grundsätze (G) der Raumordnung

LEP 3.3 Vermeidung von Zersiedelung

(G) Eine Zersiedelung der Landschaft und eine ungegliederte, insbesondere bandartige Siedlungsstruktur sollen vermieden werden.

(Z) Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. (...)

(B) Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Biomasseanlagen sind keine Siedlungsflächen im Sinne dieses Ziels.

LEP 5.4.1 Erhalt land-und forstwirtschaftlicher Nutzflächen

(G) Die räumlichen Voraussetzungen für eine vielfältig strukturierte, multifunktionale und bäuerlich ausgerichtete Landwirtschaft (...) die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung mit nachhaltig (...) erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen sowie für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und einer attraktiven Kulturlandschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe sollen erhalten, unterstützt und weiterentwickelt werden

LEP 6.2.1 Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien

(Z) Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen.

LEP 6.2.5 Bioenergie

(G) Die Potenziale der Bioenergie sollen nachhaltig genutzt werden.

Bewertung aus landesplanerischer Sicht

Das Baugebiet ist nicht an eine geeignete Siedlungseinheit angebunden. Für Biogasanlage ist dies auch nicht erforderlich, weil in der Begründung zum Ziel LEP 3.3 klargestellt wird, dass diese keine Siedlungsflächen im Sinne des Ziels sind. Die vorhandenen und geplanten Gebäude und Anlagen sind Teil der Biogasanlage bzw. dienen dieser. Einwendungen werden daher nicht erhoben.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass Vorhaben, soweit sie nicht gem. § 35 Abs. 1 BauGB privilegiert oder für den Betrieb einer Biomasseanlage

Die entsprechenden einschlägigen übergeordneten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind in der 10. Flächennutzungsplanänderung zum Vorhaben dargestellt und aufgeführt.

Die Stadt Dinkelsbühl stimmt mit der Bewertung und Einordnung überein.

<p>erforderlich bzw. dienlich sind, den Anbindungsziel unterliegen und im Geltungsbereich oder angrenzend nicht zulässig wären, denn weil die Biomasseanlage keine Siedlungsfläche im Sinne des Ziels ist, ist sie selbstverständlich auch keine geeignete Siedlungseinheit für eine Anbindung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3. Landesamt für Denkmalpflege, Nürnberg Schreiben vom 04.07.2014 Nach unserem bisherigen Kenntnisstand besteht gegen die (...) Planung von Seiten der Bodendenkmalpflege kein grundsätzlicher Einwand. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Planungsgebiet keine Bodendenkmäler bekannt.</p> <p>Wir weisen jedoch darauf hin und bitten, alle an der Bauausführung Beteiligten darauf hinzuweisen, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler (u. a. Auffällige Bodenverfärbungen, Holzreste, Mauern, Metallgegenstände, Steingeräte, Scherben und Knochen) der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (Dienststelle Nürnberg) oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 DschG unterliegen.</p>	<p>Der Hinweis wird an den Vorhabenträger weiter gegeben.</p> <p>Art. 8 Abs. 1-2 DschG ist in der Satzung unter Hinweise bereits aufgenommen.</p>
<p>4. Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach Schreiben vom 23.06.2014 Keine Bedenken</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>5. Wasserwirtschaftsamt Ansbach, Schreiben vom 08.07.2014 Einwendungen: Geplantes Wasserschutzgebiet der Stadtwerke Dinkelsbühl „Am Beckenberg“</p> <p>Die Ausgleichsfläche Fl. Nr. 312 Gemarkung Sinbronn liegt im geplanten Wasserschutzgebiet der Stadtwerke Dinkelsbühl „Am Beckenberg“. Die Ausgleichsfläche mit der vorgesehenen Pflege widerspricht nicht dem vorgeschlagenen Schutzgebietskatalog. Wir bitten die Erläuterung bzw. Begründungen entsprechend anzupassen.</p> <p>Redaktioneller Hinweise/Schreibfehler ... unter Schutzgut Landschaftsbild muss es „Schwäbischer Rezat“ statt „Schäbischer Rezat“ heißen</p>	<p>Die Beschreibung der Ausgleichsfläche ist um den Hinweis geplantes Wasserschutzgebiet der Stadtwerke Dinkelsbühl „Am Beckenberg“ zu ergänzen.</p> <p>Der Schreibfehler ist zu korrigieren.</p>

**8 Regionaler Planungsverband Westmittelfranken
Schreiben vom 14.07.2014**

Einschlägige Erfordernisse der Raumordnung

Im Landesentwicklungsprogramm (LEP) heißt es u. a. Das eine Zersiedelung der Landschaft (...) vermieden werden soll. Weiter heißt es, dass neue Siedlungsfläche möglichst in Anbindung an eine geeignete Siedlungseinheit auszuweisen sind, wobei in der Begründung konkretisiert wird, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Biomasseanlagen keine Siedlungsflächen im Sinne dieses Ziels sind.

In Bezug auf den Erhalt land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen formuliert das LEB, dass die räumlichen Voraussetzungen für eine vielfältig strukturierte, multifunktionale und bäuerlich ausgerichtete Landwirtschaft (...) in ihrer Bedeutung für die (...) Versorgung (...) mit (...) erneuerbaren Energien (...) weiter entwickelt werden sollen. (...)

Analog zum LEP gibt der Regionalplan der Region Westmittelfranken (RP 8) vor, dass es in der Region anzustreben ist, erneuerbare Energien wie insbesondere (...) Biomasse, im Rahmen der jeweiligen naturräumlichen Gegebenheiten der Regionsteile verstärkt zu erschließen und zu nutzen, sofern den Vorhaben öffentliche Belange nicht entgegenstehen (RP 8 B V (neu) 3.1 (G)).

Weiter heißt es mit Blick auf die Land- und Forstwirtschaft, dass es von besonderer Bedeutung ist, dass die räumlichen Voraussetzungen geschaffen und gesichert werden, um die Land- und Forstwirtschaft in allen Funktionen für die Region, wie insbesondere der effizienten, wohnortnahen Versorgung mit gesunden Lebensmitteln sowie Rohstoffen und Energie nachhaltig zu sichern und in ihrem Bestand zu erhalten. Eine verstärkte Erschließung zusätzlicher Erwerbsquellen, die Entwicklung verschiedener Alternativen der Erwerbskombination sowie die Stärkung innerregionaler Wirtschaftskreisläufe – auch in Verbindung mit integrierten Entwicklungsansätzen – ist anzustreben, wobei der weitere Ausbau der stofflichen und energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für die Land- und Forstwirtschaft der Region von besonderer Bedeutung ist.

Bewertung aus regionalplanerischer Sicht

Das Baugebiet ist zwar nicht an eine geeignete Siedlungseinheit angebunden, laut Begründung zum Ziel LEP 3.3 ist dies auch nicht erforderlich, da Biomasseanlagen keine Siedlungsflächen im Sinne dieses Ziels sind. Die bereits

Die entsprechenden einschlägigen übergeordneten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind in der 10. Flächennutzungsplanänderung zum Vorhaben dargestellt und aufgeführt.

Die Ziele und Grundsätze des Regionalplanes (neu) sind in die Flächennutzungsplanänderung zu ergänzen.

Die Stadt Dinkelsbühl stimmt mit der Bewertung und Einordnung überein.

existierenden und geplanten Installationen dienen dem Betrieb der Biogasmassenanlage, wobei die Förderung von aus Biomasse gewonnener regenerativer Energie im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen des LEP und des RP 8 stehen. Andere überörtliche raumbedeutsame Belange stehen dem Vorhaben aus regionalplanerischer Sicht nicht entgegen.

In der Schlussfolgerung werden aus regionalplanerischer Sicht keine Einwendungen erhoben.

10 N-ERGIE Netz GmbH, Nürnberg Schreiben vom 24.06.2014

Flächennutzungsplan

Gegen die geplante Flächennutzungsplanänderung haben wir keine Einwände.

Bebauungsplan:

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich keine Anlagen der N-ERGIE Netz GmbH.

Ausgleichsfläche

Die externe Ausgleichsfläche wird von unserer 20kV-Freileitung überquert. Der Leitungsverlauf ist dem beiliegenden Bestandsplan ersichtlich. Bitte übernehmen Sie die Angaben in den Ausgleichsflächenplan.

...

Für die 20kV-Leitungstrasse besteht eine Bewuchsbeschränkung von beidseitig 20m ab Leitungsachse. Innerhalb dieses Bereiches dürfen nur Gehölze mit einer max. Wuchshöhe von 4,5m gepflanzt werden. Zu einer Bepflanzung außerhalb dieses Bereiches erheben wir keine Einwände. ...

Weiterhin ist eine neue 110kV-Leitungstrasse von der N-ERGIE Netz GmbH vorgesehen. Die geplante Trasse ist aus dem beiliegenden Trassierungsplan ersichtlich. Hierfür besteht ein Bewuchsbeschränkungsbereich von beidseitig 30m ab Leitungsachse mit einer max. Wuchshöhe von 4,50m-

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme

Als Ziel für die externe Ausgleichsfläche auf Flurnummer 312 Gemarkung ist Extensigrünland vorgesehen. Daher kommt es bezüglich dem Pflegekonzept und den Leitungstrassen zu keinem Konflikt.

Die Leitungstrassen mit Bewuchsbeschränkungsbereiche sind in den Ausgleichsflächenplan zu übernehmen.

<p>11. Bayerischer Bauernverband, Ansbach Schreiben vom 09.07.2014 Zu den Planungen werden unsererseits keine Bedenken erhoben, aber folgende Anregungen und Hinweise gegeben:</p> <p>....</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir weisen darauf, hin, dass während der Erschließungsmaßnahmen und hinterher die Zufahrten zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Nutzung des Flurweges Fl. Nr. 803/1 uneingeschränkt möglich sein muss. - Vorhandene Drainagen und Vorfluter dürfen in Ihrer Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden. - Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass als Randbegrünung eine komplett um das Bebauungsplangebiet verlaufende Hecke eingeplant ist. Um künftige Nachbarschaftsstreitigkeiten zu vermeiden, empfehlen wir als Abstand zwischen Bepflanzung und angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken 4 Meter einzuhalten. 	<p>Das Sondergebiet schließt die bestehende Biogasanlage mit ein. Die Erschließung von Norden erfolgt über die Fl. Nr. 798 Gemarkung Sinbronn und ist bereits erstellt.</p> <p>Im südlichen Teil des Grundstückes sind Drainagen nicht auszuschließen. In der Satzung ist unter Hinweise bereits aufgenommen, dass <i>„im Falle einer Beeinträchtigung bzw. Beseitigung von Drainagen (z. B. durch Anpflanzungen) (...)eine ordnungsgemäße Ableitung sicherzustellen (ist).“</i></p> <p>Nachdem das Sondergebiet die bestehende Bebauung mit einschließt, kann ein großzügiger Abstand zwischen Bepflanzung und angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken auf der Ostseite nicht eingeplant werden. Auf der Westseite ist ein entsprechender Schutzabstand entbehrlich, da hier ein Feldweg angrenzt. Auf der Südseite grenzt die Fläche des Vorhabenträgers an.</p>
<p>12. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ansbach Schreiben vom 14.07.2014 Keine Einwände</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<p>14 Deutsche Telekom, Ansbach Schreiben vom 11.07.2014 Im Planbereich sind Anlagen der Telekom (...) vorhanden. Ihre Lage ist aus beigefügtem Plan ersichtlich. Eine Neuverlegung bzw. Umlegung unsererseits ist z. Zt. Nicht geplant. Bei Bauausführung, einschließlich Bepflanzung, ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) jederzeit der ungehinderte Zugang zu vorhandenen Telekommunikationslinien möglich ist.</p> <p>Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien unter https://trassenauskunft-kabel.telekom.de über die Lage informieren. ...</p>	<p>Die bestehende Telekommunikationslinien sind in den Bebauungsplan aufzunehmen.</p> <p>Der Hinweis wird an den Vorhabenträger weiter gegeben.</p>
<p>19. Stadtwerke Dinkelsbühl, Schreiben vom 10.06.2014 Keine Einwände</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>21. Stadt Feuchtwangen, Schreiben vom 05.06.2014 keine Einwände</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>20. Gemeinde Wilburgstetten, Schreiben vom 15.07.2014 keine Einwände</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>22. Markt Schopfloch, Schreiben vom 15.07.2014 keine Einwände</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>23. Markt Dürrwangen, Schreiben vom 05.06.2014 Der Marktgemeinderat Dürrwangen kann der vorgelegten Planung nicht zustimmen: Es werden Bedenken gegen den, durch stetig stark ansteigenden Bedarf an Anbauflächen zum Betrieb der Biogasanlage, ausgeübten Flächendruck auf einheimische Landwirte, geäußert.</p>	<p>Beim Vorhabenträger handelt es sich um einen Betrieb der über eine gute Flächenausstattung verfügt. Zudem wurde die Mastschweinehaltung zugunsten der Biogasanlage aufgegeben. Nach Rücksprache mit dem Vorhabenträger stammt weniger als 5% des Futters aus dem Gemeindegebiet Dürrwangen. Aus diesen Gründen führt die Stadt Dinkelsbühl die Planungen fort.</p>

25. Gemeinde Mönchsroth, Schreiben vom 15.07.2014 keine Einwände	Kenntnisnahme
27. Gemeinde Kreßberg, Schreiben vom 05.06.2014 keine Einwände	Kenntnisnahme

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis:

A) Keine Stellungnahmen sind eingegangen von:

- 6. Staatliches Bauamt, Ansbach
- 7. Vermessungsamt Ansbach, Ansbach
- 9. Staatliches Gesundheitsamt, Ansbach
- 13. Bund Naturschutz, Ansbach
- 15. E-Plus Mobilfunk GmbH
- 16. Kreisheimatpfleger Dr. Horst v. Zerboni di Sposett, Weidenbach
- 17. Bodendenkmalpfleger Walter Vitzthum, Weiltingen
- 24. Gemeinde Wittelshofen
- 26. Gemeinde Langfurth
- 28. Gemeinde Fichtenau
- 29. Gemeinde Wört
- 30. Kreisbrandrat Thomas Müller, Dinkelsbühl

B) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

wurde in der Zeit vom 16. Juni 2014 bis 18. Juli 2014 in Form einer Öffentlichen Auslegung durchgeführt.

Einwendungen seitens der Bürger wurden keine vorgebracht.